



Ausgabe vom 25. Oktober 2007
Vertretung des Freistaates Thüringen bei der Europäischen Union
www.thueringen-in-bruessel.de

EU KOMP@KT 18-2007

INHALT

Reformvertrag	1
Landwirtschaft, Umwelt	2
Bildung, Justiz/Inneres	3/4
Wirtschaft, Beschäftigung	4
Finanzen	4/5
Projektpartner	5
Konferenz, Konsultation	5
Ausschreibung	5
TLV Aktuell, Impressum	6

Durchbruch beim EU-Reformvertrag

(CH) Den Staats- und Regierungschefs der EU ist es gelungen, sich beim informellen Europäischen Rat in Lissabon vergangene Woche auf den neuen EU-Reformvertrag zu verständigen.

Der Vertrag soll am 13. Dezember 2007 von den Mitgliedstaaten unterzeichnet werden. Anschließend muss er in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Erst dann kann der neue Vertrag in Kraft treten. Bisher hat lediglich Irland angekündigt, ein Referendum durchzuführen.

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum neuen Reformvertrag ist bereits unter deutscher Ratspräsidentschaft im Juni 2007 erreicht worden. Die deutsche Ratspräsidentschaft gab ein detailliertes Verhandlungsmandat vor und legte damit den Neuverhandlungen zeitlich und inhaltlich ein enges Korsett an.



Quelle: EU-Kommission

In letzter Minute allerdings sorgte neben Polen auch Italien mit seiner Forderung nach Erhöhung der italienischen Sitzzahl im Europäischen Parlament für Unruhe. Beide Länder konnte ihre Forderungen durchsetzen. Italien erhielt einen zusätzlichen Sitz. Es wird 2009 im neu zu wählenden Europäischen Parlament nunmehr 73 Sitze erhalten und kann damit zu Großbritannien aufschließen. Polen, dass bereits vor dem letzten Europäischen Rat im Juni 2007 gegen die Einführung der „doppelten Mehrheit“ (d.h. ein qualifizierter Mehrheitsbeschluss im Rat kommt zustande, wenn 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen, einer Vorlage zustimmen) „Sturm gelaufen“ war, konnte ebenfalls einen Erfolg verbuchen. So wird die Einführung der doppelten Mehrheit auf das Jahr 2017 verschoben. Zusätzlich wird die „Ionnania-Formel“ greifen, mit der Mitgliedstaaten bei knappen Mehrheitsbeschlüssen Entscheidungen zeitlich aufschieben können.



Quelle: EU-Kommission

Wichtigste Neuerungen des Vertrages sind darüber hinaus, dass in Zukunft Mehrbeschlüsse die Regel sein werden, dadurch die Entscheidungsverfahren vereinfacht werden und die Rolle des Europäischen Parlaments gestärkt wird.

Für die Europawahlen 2009 wird erstmals eine sogenannte „degressive proportionale Formel“ bei der Sitzverteilung festgelegt. Der Reformvertrag legt eine Höchstzahl von 750 Sitzen für das Europäische Parlament fest. Ein Mitgliedstaat kann nun maximal über 96 Sitze und mindestens über 6 Sitze verfügen. Für Deutschland als bevölkerungsreichstem Mitgliedstaat der EU wurden 96 (statt bisher 99) Sitze vorgegeben. Zum Vergleich: Frankreich wird zukünftig über 74 (statt bisher 78) Sitze verfügen, gefolgt von Großbritannien und Italien (73 statt bisher 78) Sitzen.

LANDWIRTSCHAFT

Für mehr Transparenz bei den EU-Agrarausgaben

(JT) Sowohl das Europäische Parlament als auch der Agrarrat haben in den beiden vergangenen Wochen einer Veröffentlichung der Empfänger von Mitteln aus den EU-Agrarfonds im Internet ab dem Jahre 2009 zugestimmt.

Diese Maßnahme ist Teil der sog. Transparenzinitiative der EU, mit der u.a. die Legitimität der EU-Politiken erhöht werden soll.

Bei der verbindlichen Veröffentlichung im Internet werden Name, Höhe der Zahlung, Wohnort und Firmensitz von Subventionsempfängern bekannt gegeben. Zudem sieht der Vorschlag vor, dass nur registrierte Benutzer die auf den Internetseiten enthaltenen Daten einsehen können. Hiermit soll eine beiderseitige Transparenz gewährleistet werden. Bei schweren Verstößen gegen das Transparenzgebot ist eine Kürzung der aus dem Gemeinschaftshaushalt gezahlten Mittel vorgesehen.

In Zusammenhang mit der Transparenzinitiative stehen auch die Überlegungen der Kommission, die Agrarbeihilfen pro Betrieb und Jahr zu begrenzen. Besonders gravierende Auswirkungen hätte dies vor allem für die großen Agrarbetriebe in Ostdeutschland – dies gilt auch für Thüringen – sowie in Großbritannien und Frankreich.

[Nähere Informationen](#) ►

UMWELT

EU-Kommission will umweltfreundlichere KMU's unterstützen

(TL) Die Europäische Kommission hat in einer Mitteilung angekündigt, kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Umsetzung des europäischen Umweltrechts zu unterstützen, damit diese ihre Energien und Ressourcen besser nutzen können.

Das in der Mitteilung vorgeschlagene Programm umfasst Maßnahmen, die es den KMU ermöglichen sollen, die Umweltfolgen ihrer Tätigkeiten zu minimieren und die Einhaltung von Rechtsvorschriften zu vereinfachen.

Zu den Maßnahmen gehören zum Beispiel die Verbreitung von speziell auf KMU zugeschnittenen Informationen, die Förderung von Netzwerken für Unternehmensunterstützung und Fortbildungsmaßnahmen zur Schaffung einer Umweltwissensbasis auf lokaler Ebene.

Finanziert werden sollen die Maßnahmen u.a. aus dem Programm LIFE+ (5 Mio. Euro für 2007-2013) sowie aus dem Rahmenprogramm für

Wettbewerbsfähigkeit und Innovation innerhalb der EU-Strukturfonds.

[Nähere Informationen](#) ►

UMWELT

EP-Umweltausschuss stimmt Bodenschutzrichtlinie zu

(JT) Im Oktober 2007 hat der federführende Umweltausschuss des Europäischen Parlaments die Bodenschutzstrategie und die Bodenschutzrahmenrichtlinie angenommen.

Über 600 Änderungsanträge lagen vor der Abstimmung vor, u.a. auch ein Antrag auf komplette Ablehnung der Richtlinie. Dieser fand allerdings keine Mehrheit im Ausschuss.

Neben vielen kleineren und teils nur formalen Änderungen ist aus Sicht der Kritiker die Streichung des Bodenzustandsberichts aus dem Richtlinienentwurf als Erfolg zu bewerten.

Damit wird beim Verkauf von zahlreichen Grundstücken kein aufwendiger und kostspieliger Bericht über den Bodenzustand erforderlich werden. Ebenfalls gestrichen wurde Anhang 2 des Kommissionsvorschlages. Dieser sah vor, potentiell kritische Flächen, wie bspw. Flughäfen, Häfen, zahlreiche Industriestandorte, schematisch auf Altlasten zu untersuchen.

Das Plenum des Europäischen Parlaments wird über beide Dossiers am 11.-13. November 2007 in erster Lesung abstimmen. Parallel dazu laufen die Verhandlungen im Rat.

Beide Beschlüsse müssen dann anschließend zusammengeführt werden. Sollte keine Einigung erzielt werden, geht das Gesetzgebungsverfahren in die 2. Lesung.

[Nähere Informationen](#) ►

UMWELT

Umweltausschuss für strengere Luftqualitätsrichtlinie

(JT) Am 9. Oktober 2007 hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit für sehr niedrige Grenzwerte bei den kleinen Feinstaubpartikeln (PM 2.5) gestimmt.

Die Grenzwerte sollen allerdings erst ab 2015 verbindlich werden. Für die größeren Partikel (PM 10) wurden 33 Mikrogramm/m³ im Jahresdurchschnitt ab 2010 festgesetzt.

Diese Grenzwerte sollen allerdings nicht in Gebieten gelten, in denen keine Exposition der Bevölkerung besteht. Das Plenum des Europäischen Parlaments wird im Dezember 2007 im Rahmen der 2. Lesung abstimmen.

Erwartet wird eine Einigung mit dem Rat noch unter portugiesischer Präsidentschaft.

[Nähere Informationen](#) ►

BILDUNG**Bafög-Regelung widerspricht EU-Recht**

(RM/AB) Nach einem Urteil des EuGH vom 23.10.2007 (Rechtssachen C-11/06 und C-12/06) beschränkt das deutsche Bundesausbildungsförderungsgesetz die Freizügigkeit der Unionsbürger in unzulässiger Weise.

Die im Gesetz enthaltene Bewilligungsvoraussetzung, eine mindestens einjährige Ausbildung in Deutschland absolviert zu haben und ausschließlich diese Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat fortzusetzen, stelle eine Beschränkung der Freizügigkeit dar, die nicht gerechtfertigt sei. Die Bewilligung von Leistungen nach dem BaFöG für Studierende, die ihr Studium im EU-Ausland absolvieren wollen, wird damit - jedenfalls mit dieser Begründung - nicht mehr abzulehnen sein.

Den vollständigen Wortlaut des Urteils finden Sie [hier](#) ►.

BILDUNG**Deutscher Meisterbrief wird Fachhochschulabschluss gleichgestellt**

(RM) Der deutsche Meisterbrief wird in Zukunft einem Fachhochschulabschluss gleichgestellt. Dies hat der EU-Regelungsausschuss für die Anerkennung von Berufsqualifikationen nach der Anerkennungsrichtlinie beschlossen.

Zuvor waren Handwerksmeister nur auf der zweitniedrigsten von fünf Niveaustufen eingeordnet. Die Entscheidung wird nun dem Europäischen Parlament mit einer Prüffrist von einem Monat zugeleitet. Sollte das Europäische Parlament innerhalb dieser Frist keine Einwände haben, gilt die – für deutsche Vorstellungen etwas ungewöhnliche - Gleichstellung als beschlossen.

Die Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministers dazu finden Sie [hier](#) ►.

BILDUNG**Österreich kann Numerus clausus für Ausländer beibehalten**

(RM) In einem Schreiben an den österreichischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer hat Kommissionspräsident Barroso für fünf Jahre die Suspendierung des Verfahrens in Aussicht gestellt, welches die derzeitigen Ausländerquoten an den österreichischen Hochschulen als Verstoß gegen die Freizügigkeit im Binnenmarkt gerügt hat.

Die österreichische Regierung hatte Sorge, dass sich die Zulassung überwiegend ausländischer Studierender der Medizin nachteilig auf das nationale Gesundheitssystem auswirken könnte, da

viele Ärzte nach der Ausbildung in ihre Heimatländer zurückkehrten. Laut Gusenbauer drohte ohne die Zugangsquote bereits ab 2015 ein massiver Ärztemangel.

Offenbar ist es der österreichischen Regierung gelungen, die Europäische Kommission von ihrem Anliegen zu überzeugen.

Nähere Informationen dazu finden Sie [hier](#) ►.

JUSTIZ/INNERES**Altersdiskriminierung unter bestimmten Umständen erlaubt**

(AB) In einem Urteil vom 16.10.2007 (Rechtssache C-411/05) hat der EuGH eine Ungleichbehandlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wegen des Alters als gerechtfertigt angesehen, wenn diese auf nationalen Regelungen beruht, deren Ziel eine Förderung des Beschäftigungszugangs durch eine bessere Beschäftigungsverteilung zwischen den Generationen zum Inhalt hat.

Mit der Richtlinie 2000/78/EG sollte ein allgemeiner Rahmen zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf geschaffen werden. Hierzu zu zählen ist auch die Diskriminierung wegen des Alters.

Allerdings ist es den Mitgliedstaaten erlaubt, eine Ungleichbehandlung vorzusehen, sofern sie objektiv und angemessen ist und im Rahmen nationalen Rechts durch ein legitimes Ziel, insbesondere in den Bereichen Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarkt, gerechtfertigt ist.

Hiervon hat zum Beispiel Spanien Gebrauch gemacht. Nach dortigem Recht sind in Tarifverträgen enthaltene Klauseln über die Zwangsversetzung in den Ruhestand gültig, sofern der Arbeitnehmer die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht hat und die sozialversicherungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bezug einer Altersrente erfüllt sind.

Nach dem im Vorabentscheidungsverfahren ergangenen Urteil des EuGH ist eine solche Regelung, die Gegenstand eines nationalen Beschäftigungsprogramms gewesen ist, mit den Erfordernissen der genannten Richtlinie nicht unvereinbar.

[Nähere Informationen](#) ►

JUSTIZ/INNERES**Neues Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe**

(AB) Die Europäische Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Im Jahr 2006 hätten die Justizbehörden von 13 Bundesländern, darunter auch Thüringen, Aufträge für Rechtsdatenbank-Dienste direkt an „Juris“, dem führenden Betreiber von Rechtsdatenbanken in Deutschland, vergeben. Darüber hinaus habe die Bundesregierung eine Vereinbarung mit „Juris“ geschlossen, auf deren Grundlage das Unternehmen sein Rechtsinformationssystem verwalte und betreibe, wozu die Bundesregierung Dokumentationen und Entscheidungen der Bundesgerichte in besonderer Form zur ausschließlichen Nutzung durch „Juris“ bereitstelle.

Nach Auffassung der Kommission könnte es sich bei den Verträgen um öffentliche Aufträge handeln, die im Wege eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens hätten vergeben werden müssen. Die Bundesregierung wurde daher in Form eines Aufforderungsschreibens ersucht, sich zu äußern.

Dies stellt den Beginn eines Vertragsverletzungsverfahrens dar, welches in drei förmlichen Schritten abläuft. Nach dem Aufforderungsschreiben, in dem um Äußerung zu bestimmten Fragen gebeten wird, erfolgt eine mit Gründen versehene Stellungnahme, in der bekräftigt wird, dass nach Auffassung der Kommission die Möglichkeit eines Verstoßes gegen das Gemeinschaftsrecht vorliegt. Schließlich erfolgt die Anrufung des EuGH, der über die entsprechenden rechtlichen Verpflichtungen entscheidet.

Nähere Informationen finden Sie [hier ▶](#) und [hier ▶](#).

WIRTSCHAFT

Auto-Industrie - Weiterentwicklung des Wasserstoffautos

(ES) Die Europäische Kommission hat zwei Vorschläge angenommen, die die Entwicklung und Vermarktung sauberer und sicherer Wasserstofffahrzeuge voranbringen sollen.

Der erste Vorschlag betrifft die Einführung einer gemeinsamen Technologieinitiative für Brennstoffzellen und Wasserstoff. Dabei handelt es sich um ein integriertes Programm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration unter Federführung der Industrie. Gefördert wird diese von der europäischen Industrie vorangetriebene öffentlich-private Partnerschaft in den kommenden 6 Jahren mit einer Finanzhilfe der EU in Höhe von 470 Mio. Euro sowie mit einem mindestens gleichwertigen Beitrag der Privatwirtschaft. Man erwartet, dass die Technologieinitiative die Entwicklung von Wasserstofftechnologien so beschleunigt, dass die Marktreife zwischen 2010 und 2020 erreicht werden kann.

Der zweite Vorschlag behandelt die Typengenehmigung von Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb. Eine ganze Reihe von solchen Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb ist bereits jetzt

marktreif. Die Europäische Kommission schlägt vor, deren Genehmigung zu vereinfachen.

[Nähere Informationen ▶](#)

WIRTSCHAFT

Öffentliche Aufträge - Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingestellt

(ES) Die Europäische Kommission hat drei Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingestellt. Es handelt sich zum einen um ein Verfahren wegen der Vergabe von Rundfunklizenzen. Zum anderen geht es um die Abfallentsorgung in Braunschweig und die Abwasserentsorgung in der Gemeinde Bockhorn (Niedersachsen).

Nähere Informationen finden Sie [hier ▶](#) und [hier ▶](#).

BESCHÄFTIGUNG

European Job Days

(ES) Die European Job Days vom September 2007 haben diesmal in ganz Europa über 200 000 Besucher angelockt.

Arbeitsuchende und Arbeitgeber hatten auf Stellenbörsen, in Seminaren und Vorträgen in vielen Orten der EU die Gelegenheit, miteinander in Kontakt zu treten. In etwa 230 Städten fanden insgesamt 500 solcher Veranstaltungen statt.

EURES – das europäische Portal zur beruflichen Mobilität – bietet mittlerweile 1,4 Millionen freie Stellen an, das sind über 40 Prozent mehr als im letzten Jahr. EURES existiert bereits seit 1993 als Kooperationsnetz zwischen der Europäischen Kommission und den öffentlichen Arbeitsverwaltungen der EWR-Mitgliedstaaten (EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen, Island und Liechtenstein), der Schweiz und anderen Partnerorganisationen.

Das europäische Portal zur beruflichen Mobilität finden Sie [hier ▶](#).

FINANZEN

Kommission rügt deutsche Regeln zum grenzüberschreitenden Verlustausgleich

(ES) Die Europäische Kommission hat Deutschland förmlich dazu aufgefordert, seine gesetzlichen Regelungen zum grenzübergreifenden Verlustausgleich zu ändern.

Die Kommission vertritt die Auffassung, dass die deutschen Regelungen mit den Grundsätzen der

Niederlassungsfreiheit und der Freiheit des Kapitalverkehrs im Binnenmarkt unvereinbar sind. Diese Aufforderung erging in Form einer „mit Gründen versehenen Stellungnahme“ (zweiter Schritt des in Artikel 226 EG-Vertrag geregelten Vertragsverletzungsverfahrens).

Werden die in Rede stehenden nationalen Rechtsvorschriften nicht entsprechend der mit Gründen versehenen Stellungnahme geändert, kann die Kommission beschließen, die Angelegenheit vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen.

[Nähere Informationen ►](#)

Projektpartner gesucht!

Projektpartner gesucht: E-Learning

(RM) Der italienische gemeinnützige Verein ENAIP Italia ist auf dem Gebiet der Berufsausbildung tätig und sucht Partner für ein europäisches e-learning-Projekt, das über das neue europäische Bildungsprogramm „Lebenslanges Lernen“ gefördert werden soll.

Nähere Informationen dazu erhalten Sie hier:

Simone Falanca

ENAIP Italia - European Office

Rue D'Egmont, 15 - B-1000-Bruxelles

Tel. +32 (0) 2 5008535 - Fax. +32 2 5112408

enaipbruxelles@tiscali.it - www.enaip.it

Europäische Konferenz

Forum Umstrukturierungen und Beschäftigung: EU-Partnerschaft für den Wandel

(ES) Eine Partnerschaft zwischen Industrie und europäischen Institutionen soll etwa zwölf Millionen Beschäftigten helfen, sich an Formen des Wandels auf dem Arbeitsmarkt anzupassen.

In diesem Zusammenhang veranstaltet die Europäische Kommission eine Konferenz unter dem Motto "[Umstrukturierung - Anpassung der KMU an den Wandel](#)".

Die Konferenz wird in Brüssel am 26./27. November 2007 stattfinden.

Weitere Informationen finden Sie [hier ►](#).

Öffentliche Konsultation

Consumer Scoreboard - Konsumentanzeiger

(TL) Im Bereich Verbraucherfragen sind alle Stakeholder und Bürger Europas aufgefordert, sich zum Thema Konsumentanzeiger-Consumer Scoreboard zu äußern. Auf diesem Gebiet will die Europäische Kommission einen besseren Überblick über den Binnenmarkt bekommen.

Die Konsultation läuft noch bis zum 28.11.2007.

[Nähere Informationen ►](#)

AUSSCHREIBUNG

Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik

(TWD) Mit dem Paket „Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik“ werden Projekte gefördert, die der breiten Öffentlichkeit die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und deren auf der Entkopplung, Cross-compliance und ländlichen Entwicklung liegenden Schwerpunkt als Beitrag zu Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Stabilität in der EU der 27 – möglichst multimedial und mit breiter Ausstrahlungskraft - vermitteln.

Debatten zwischen den Akteuren des Agrarsektors und der Zivilgesellschaft sollen mittels Informationskampagnen, mobilen Seminaren im ländlichen Raum; Fernseh- und Rundfunkkampagnen oder gezielten Aktionen für Schulen und Universitäten angeregt und verstärkt werden..

Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen endet am 30. November 2007.

Nähere Informationen und Antragsunterlagen finden Sie [hier ►](#).

7. Forschungsrahmenprogramm – Hilfen für Antragsteller

(TWD) Wege im Förderdschungel des 7. Forschungsrahmenprogramm weist eine neue Internetplattform der informellen Gruppe der Forschungs- und Technologiebüros in Brüssel (IGLO). Antragsteller finden hier hilfreiche Tipps und sogar einen Budgetkalkulator, einen Test für kleine und mittlere Unternehmen sowie eine stets aktualisierte Plattform für die Suche nach geeigneten Projektpartnern.

[Nähere Informationen ►](#)

TLV AKTUELL

Vorstand der IHK Erfurt sowie Vorstände der drei Thüringer Handwerkskammern in Brüssel

(CH) Im Rahmen einer Präsidiumssitzung hat sich der Vorstand der Erfurter Industrie- und Handelskammer unter Leitung von IHK-Präsident Niels Lund Chrestensen zu einem Informationsbesuch in Brüssel aufgehalten

In diesem Kontext hat sich das Präsidium der IHK Erfurt auch über die Arbeit der Vertretung des Freistaates Thüringens bei der Europäischen Union informiert.

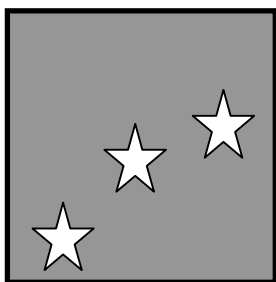
Fast zeitgleich haben auch die Vorstände der drei Thüringer Handwerkskammern unter Leitung ihrer jeweiligen Präsidenten Helmut Adamy, Rainer Rudolph und Friedhelm Enke der Thüringer Landesvertretung einen Besuch abgestattet und sich über deren Arbeit informiert.



Das Präsidium der IHK Erfurt in der Thüringer Landesvertretung in Brüssel



Die Vorstände der drei Thüringer Handwerkskammern in der Thüringer Landesvertretung in Brüssel



Vertretung des Freistaates Thüringen bei der Europäischen Union

111, Rue Frédéric Pelletier
B-1030 Bruxelles

Tel: 0032-2-736.20.60

Fax: 0032-2-736.53.79

E-Mail:

postbox@TSKBxl.thueringen.de

Internet: www.thueringen-in-bruessel.de

IMPRESSUM

EU KOMPAKT ist eine vierzehntägige Publikation der Vertretung des Freistaates Thüringen bei der EU. Die Informationen erfolgen ohne Gewähr für Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Für Schäden materieller oder ideeller Art, die sich aus der Verwendung der Informationen ergeben, wird keine Haftung übernommen.

Verantwortlich:

Christine Holeschovsky (CH), Leiterin der Vertretung
Zuständig für Grundsatzangelegenheiten der EU, AdR, Öffentlichkeitsarbeit

Mitarbeiter:

Eckhard Strittmatter (ES), stellvertretender Leiter
Zuständig für Regionalpolitik, Wirtschaft, Beschäftigung, Finanzen

Robert Möhrle (RM)

Zuständig für Forschung, Technologie, Bildung, Kultur, Verkehr, Medien

Jörg Türmer (JT)

Zuständig für Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Anja Biermann (AB)

Zuständig für Justiz und Inneres

Tanya Wittal-Düerkop (TWD)

Zuständig für Online Redaktion und EU Kompakt

Tabea Lehnert (TL)

Praktikantin in der Vertretung des Freistaates Thüringen